

## **Bedrohte Existenz. Eine Photolithographin nach der Massenentlassung**

Katrin Huber, geboren 1953, Photolithographin und alleinerziehende Mutter.

Der Betrieb sei in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, «weil in der Leitung einfach Fehler gemacht worden sind». Davon ist die 45jährige Photolithographin Katrin Huber überzeugt. Die Leitung habe Geräte eingekauft, ohne genau abzuklären, ob diese mit den anderen Maschinen im Betrieb vernetzt werden könnten. Man habe etwas Spezielles anschaffen wollen, das sich dann mit dem «Gängigen» als nicht vereinbar erwies: «Es sind da einfach drei Systeme aufgetaucht im ganzen Haus.» Besonders ärgert sie, dass die Maschinen nicht zuerst *geleast* wurden. Aufgrund dieser Fehlinvestition werde nun ein Teil der Belegschaft entlassen. Offiziell ist von mangelnder Rentabilität die Rede. Hätte die Belegschaft mitentscheiden können, glaubt sie, wäre dies alles nicht passiert. Inzwischen habe sich der damals Verantwortliche «auf französisch verabschiedet».

Seit siebzehn Jahren arbeitet Katrin Huber als Photolithographin im selben Druckereibetrieb einer mittelgrossen Stadt. Auch ihre Lehre machte sie dort. «Es ist eine schöne Zeit gewesen», sagt sie, und auch die richtige Zeit, «den Buben gross zu bekommen». Bezahlt ist sie im Stundenlohn, gebunden an die Vereinbarung, drei Tage pro Woche zu arbeiten. Für die alleinerziehende Mutter war es wichtig, sich darauf verlassen zu können, an welchen Tagen sie im Betrieb arbeiten konnte und an welchen zu Hause. Im Gesundheitswesen, wo Katrin Huber früher tätig war, waren die Arbeitszeiten unregelmässig, variierten stark. Der Pflegeberuf hatte sie zudem sehr belastet: «Die Probleme der Abteilung habe ich immer mit nach Hause genommen, und auch körperlich hat es mich sehr hergenommen.» Dies war der Grund, weshalb sie beschloss, einen zweiten Beruf zu erlernen. Vielleicht wird sie jetzt zum alten Beruf zurückkehren. Mittlerweile kann sie sich dies wieder vorstellen.

Über zwei berufliche Optionen zu verfügen stimmt sie zuversichtlich: «Auf zwei Beinen stehen. – Wenn das eine nicht hält, dann hält vielleicht das andere.» Die Mutter eines zwölfjährigen Sohnes gibt nicht so rasch auf. Sie spricht langsam und bedächtig, kein Wort ist unüberlegt. «Ich bereue nichts», sagt sie, als hätte ihr jemand vorgeworfen, schuld an der ihr bevorstehenden Arbeitslosigkeit zu sein.

Dass wenige Fehlentscheide so weitgehende Folgen haben können und die Branche als ganze unter Druck ist, führt Katrin Huber auf einen tiefgreifenden Strukturwandel zurück: «Ja, also allgemein hat sich in die Druckereibranche einfach die Technologie eingeschlichen, so langsam, aber sicher.» Zur Einführung dieser neuen Technologien habe es zuerst mehr Leute gebraucht. Dass die Arbeiten dann in viel kürzerer Zeit ausgeführt werden konnten, sei erst nach und nach der Fall gewesen. Durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität wurden weniger Arbeitskräfte benötigt. «Arbeiten, wo man früher vielleicht einen Tag hatte, konnte man jetzt in einer Stunde machen. Einen Moment lang konnte man das aufrechterhalten, indem die Inerate zugenommen haben, als noch ein Boom gekommen ist vor den neunziger Jahren, der mochte das noch ein wenig abfedern. Dann hat das noch gestimmt, aber jetzt, wo die Rezession angefangen hat, hat es weniger Sachen gegeben. Es ist wie eine Spirale», beschreibt Katrin Huber die Entwicklung.

Dass die Aufträge allmählich zurückgingen, war im Betrieb direkt spürbar. So gab es Wartezeiten. Die Leitung habe der Belegschaft jeweils ans Herz gelegt, in solchen Phasen die Überstunden zu kompensieren, erzählt Katrin Huber. Einige seien mit ihren Arbeitsstunden sogar ins Minus geraten. Am liebsten hätten die Unternehmer heutzutage, «dass man einfach arbeitet, dann, wenn Arbeit da ist, und wenn keine da ist, einfach nach Hause gehen würde». Obwohl es insgesamt weniger Arbeit zu erledigen gab, wurde sie gleichzeitig anstrengender: «Man ist weniger lang dran, aber dafür intensiver. Es ist einfach stressiger geworden.» Die zur Verfügung stehende Zeit, um einen Auftrag auszuführen, wurde immer kürzer. Die ganze Sache sei kurzlebiger geworden. Lieber schon gestern als morgen sollten die Aufträge erledigt sein: «Nachher muss man einfach *jufle.*»

Ausserdem würde die Kundschaft ihre Unterlagen meist verspätet abliefern.

Die Druckereibetriebe würden sich nicht nur gegenseitig mit den Lieferfristen unterbieten, sondern auch mit den Preisen, obwohl der Papierpreis angestiegen sei. Die Konkurrenz zwischen den Druckereiunternehmen sei gross. Von Teilen der Belegschaft sei ein nicht mehr selbstverständliches Mass an Engagement und Leistung gefordert worden. «Und das alles hat einfach dazu geführt, dass man dann wahrscheinlich eben nichts mehr daran verdient hat. Obschon man rund um die Uhr gearbeitet hat und sich diese Leute eingesetzt haben, das Menschenmögliche gemacht haben.» Dass der ausserordentlich grosse persönliche Einsatz der Arbeiterinnen und Arbeiter nichts auszurichten vermochte gegen die Logik des Marktes, das gehört im nachhinein zu Katrin Hubers Einsichten. Besonders für die Drucker sei dies schwierig zu begreifen. Für diese findet sie es deshalb «noch viel schlimmer, die wirklich immer ihre Überstunden hatten und wirklich alles, diesen *Charre gschrisse hei*, die einfach alles daran gegeben haben». Und dann habe es plötzlich geheissen, es rentiere nicht mehr. «Die müssen noch viel mehr erschrocken sein, wenn einem einfach der Boden unter den Füssen weggenommen wird.» Das Ausmass des Schockes über den Verlust des Arbeitsplatzes macht Katrin Huber davon abhängig, wieviel zuvor geleistet worden ist, insbesondere an Überstunden. Denn diese liessen die Betroffenen glauben, unentbehrlich zu sein. Mit der Entlassung steht deshalb nicht nur die materielle Existenz auf dem Spiel, sondern auch das Selbstwertgefühl der Arbeiterinnen und Arbeiter. Der Sinn ihrer Existenz wird radikal in Frage gestellt.

Aufgrund eines breiteren Einsatzes des Computers in der Druckereibranche gibt es Katrin Huber zufolge eine zum Konzentrationsprozess gegenläufige Entwicklung: «Die Grossen werden immer grösser, aber eben, es hat auch viele Kleine, die auftauchen, aber dann vielleicht manchmal gerade so schnell wieder verschwinden, weil sie sich einfach zu wenig überlegt haben, was das alles mit sich bringt mit Sozialleistungen, die sie selber erbringen müssen.» Dementsprechend sind solche Versuche längerfristig selten von Erfolg gekrönt. Die ganze Sache sei «einfach richtig *verfladeret*», beschreibt

sie die nun schon länger dauernden Entwicklungen, die sie für voraussehbar hielt. So hätte die Firmenleitung ihrer Ansicht nach früher auf diesen Wandel reagieren und bereits vor drei oder vier Jahren etwas unternehmen sollen.

Um neue Arbeitszeitmodelle einzuführen, sei der Moment jedoch verpasst worden, bedauert sie. Zwar war einmal beabsichtigt, mit Hilfe von Arbeitszeitreduktionen den Abbau von Stellen zu verhindern. Der dadurch entstehende Lohnausfall wäre unter Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft und allenfalls der Arbeitslosenversicherung aufgeteilt worden. Solche Modelle wurden in der Schweiz bereits realisiert. Doch die Verhandlungen, welche die Firma mit dem Kantonalen Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) aufgenommen hatte, scheiterten. Die Geschäftsleitung habe sich geweigert, dem KIGA die Finanzbücher zu zeigen, weiss Katrin Huber. Ihr Eindruck, dass «der Wurm drin ist», sei deswegen entstanden. Wenig später gab die Firmenleitung eine Lohnreduktion bekannt, die von der Belegschaft nur unter der Bedingung akzeptiert worden war, dass in der nächsten Zeit niemand entlassen werde. «Und das haben sie auch gegenüber der Gewerkschaft erwähnt, und man ist so gutgläubig gewesen und hat gefunden, ja doch, scheinbar bringt's das. Scheinbar müssen wir jetzt einfach tragen, wo die öffentliche Hand mitgeholfen hätte, wenn sie die Bücher aufgemacht hätten.» Dass es dann doch zu Entlassungen kam und erst noch zu einer unerwartet grossen Anzahl, ist der Grund, weshalb Katrin Huber heute denkt, dass die Angestellten betrogen worden sind. Doch damit nicht genug: Dass sie entlassen worden seien, hätten sie aus der Zeitung erfahren müssen, obwohl der Arbeitgeber rechtlich dazu verpflichtet sei, die Belegschaft im Fall einer Massenentlassung im voraus zu informieren. Damit sollte der Belegschaft die Möglichkeit eingeräumt werden, alternative Vorgehensweisen zu präsentieren. Sie kritisiert, «dass das Mitwirkungsgesetz in der Schweiz auf dem Papier ist und in keinster Weise kontrolliert wird, ob das auch gemacht wird».

Obwohl die Belegschaft doch noch die Gelegenheit erhielt, Alternativvorschläge auszuarbeiten, war der Entscheid der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrates, Stellen abzubauen, nicht mehr umzustos-

sen, ein Entscheid, der Katrin Hubers Existenzgrundlage bedroht. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung werden, falls sie keine neue Stelle findet, für den Lebensunterhalt der alleinerziehenden Mutter und ihres zwölfjährigen Sohnes nicht ausreichen. Achtzig Prozent des Lohnes ihrer teilzeitlichen Erwerbsarbeit von sechzig Prozent reichen zum Leben nicht aus: «Es wird knapp.» Durch die Entlassung ist sie, anders als die Drucker, mit denen sie besonders Mitleid hat, unmittelbar von Armut und Fürsorgeabhängigkeit bedroht. Die Leistungen der Sozialversicherungen sind ausgerichtet auf den vollzeitlich erwerbstätigen Familienernährer und werden ihrer Situation nicht gerecht. Die alleinige Wahrnehmung erzieherischer Pflichten hinderte sie daran, hundert Prozent erwerbstätig zu sein. Ebenfalls mit der männlichen Normalbiographie verknüpft ist die Selbstbestätigung ausschliesslich durch Erwerbsarbeit – wohl auch deswegen bemitleidet sie die Drucker besonders.

Dank ihres traditionellen Frauenschicksals entgeht Katrin Huber immerhin dem typischen Männerschicksal, mit der Stelle den Sinn des Lebens zu verlieren. Obwohl sie dadurch in eine ökonomisch wesentlich prekärere Situation gerät, versinkt sie nicht in Selbstmitleid, sondern sieht in der erzwungenen Veränderung ihres Lebens eine Chance: «Also ich bin jetzt nicht am Boden zerstört. Man hat das Gefühl, das könnte auch noch eine Chance werden, wo man sich wieder anders besinnen kann.» Die Erfahrung, eine neue Perspektive entwickeln zu müssen, ist für sie nicht neu und deshalb auch nicht bedrohlich. Die Freude an Farben hatte bei der Wahl ihrer zweiten Ausbildung zur Photolithographin den Ausschlag gegeben. In der ihr verbleibenden Freizeit malt sie Landschaftsbilder, die sie immer noch nicht verkaufen will. Zu sehr hängt sie an ihnen.

Heute gibt es die Ausbildung zur Photolithographin nicht mehr. Typographie und Photolithographie wurden zur Polygraphie vereinigt. Mit dieser Zusammenlegung zweier Berufsbilder sollte dem technologischen Wandel, der Verlagerung der Tätigkeiten an den Computerbildschirm, Rechnung getragen werden. Doch Lehrstellen, die diesem neuen Berufsbild entsprechen, sind rar, weiss Katrin Huber. Viele Betriebe könnten den an diesen neugeschaffenen Beruf gestellten, hohen Ansprüchen nicht genügen.

Zunehmend rar sind die Stellen in Kathrin Hubers eigenem, allmählich aussterbendem Beruf. Und die wenigen Stellen sind bereits besetzt. Auch heute sei sie wieder bei der Stellenbörse gewesen, um nachzuschauen, ob neue Stellen ausgeschrieben seien. Sie bewirbt sich öfter, einmal konnte sie sich vorstellen gehen, aber ohne Erfolg. Auch andere würden sich vorstellen, und den Jüngeren werde der Vorzug gegeben. Meistens erhalte man gleich eine Absage. Der Arbeitsmarkt sei übersättigt: «Es ist einfach ein grosser Konkurrenzkampf.» Die Arbeitskräfte würden höchstens noch ausgetauscht. «Weil sie das Gefühl haben, ja, jetzt verjüngen wir mal das Team ein wenig», komme es an anderen Orten zu Entlassungen. Das Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit diszipliniere diejenigen, welche Arbeit haben. Wer Arbeit habe, sei bereit, alles zu machen.

Dass sich die Wirtschaftslage in der nächsten Zeit bessern wird, glaubt Katrin Huber nicht. Das Volk werde nicht kauflustiger, es sei kein Aufschwung in Sicht. Es gebe immer mehr Menschen, die immer weniger verdienen würden. Dadurch gehe die Kaufkraft verloren: «Man dreht das Geld mehrmals um, bevor man es ausgibt.» Einen Aufwärtstrend sieht sie höchstens bei den hohen Einkommen. Wenn zwischen Reich und Arm der Graben immer grösser wird, wie Katrin Huber weiter ausführt, dann fehlt der Mittelstand, dessen Kaufkraft nötig wäre, um die Wirtschaft anzukurbeln: «Also der Mittelstand wird aussterben.» Mit dem Mittelstand, den sie für den einzigen Akteur hält, der einen Aufschwung herbeiführen könnte, geht auch ihre Hoffnung verloren, dass sich die wirtschaftliche Situation jemals ändern wird.

Katrin Huber und ihr Sohn lebten immer schon «ziemlich einfach». Doch nun droht ihr die ökonomische Eigenständigkeit abhanden zu kommen. So lang wie nur möglich will sie diese aufrechterhalten und alles daran setzen, dass sie sich zur Sicherung der Existenz nicht von der Fürsorge unterstützen lassen muss. Ihr sei nämlich geraten worden, sich nicht nur beim Arbeitsamt, sondern auch beim Fürsorgeamt anzumelden. Diese Abhängigkeit würde sie als diskriminierend empfinden, «wenn man da für jedes *Dingeli* betteln muss». Anders als bei den Leistungen der Arbeitslosenversicherung setzt sie diejenigen der Fürsorge mit dem Ende ihrer individuellen Autonomie gleich.

«Ich habe schon das Gefühl, dass ich nachher eingeschränkt würde, also einfach auch das Gefühl hätte, dass ich kontrolliert würde.» Einen solchen Verlust der Autonomie würde Katrin Huber als ungerechtfertigte Strafe betrachten: «Ich habe nicht den Eindruck, dass ich das verdient hätte.»

### **Der Konzentrationsprozess in der Druckindustrie**

In der Druckereibranche findet eine besonders rasche und folgenreiche Konzentration von Unternehmen statt. Anfangs der 90er Jahre verschärfte sich die Konkurrenz, das Ausmass der Produktivitätssteigerung wurde zum entscheidenden Kriterium dafür, ob ein Unternehmen weiter bestehen kann. Aufgrund der technologischen Entwicklung waren diese Steigerungen beträchtlich. Nebst der drohenden Ausgliederung aus dem Arbeitsmarkt sind für die Arbeitnehmer/innen damit zunehmend ungesicherte, sogenannte flexibilisierte Arbeitsverhältnisse sowie Lohnabbau die Folgen dieses Prozesses. Seit 1991 verringerte sich die Zahl der im Verlags- und Druckgewerbe Beschäftigten von gerundet 68 000 auf 60 500 im Jahr 1997.

Als die Firma Hallwag Anfang 1998 bekanntgab, dass sie ihre Druckerei schliessen und im Laufe des Sommers 200 Personen entlassen würde, kündigten bald darauf weitere schweizerische Druckunternehmen Massnahmen in dieselbe Richtung an, wenn auch in geringerem Umfang. So gab die Firma Weber AG in Brügg 20 Entlassungen und 5 % Lohnabbau, die Ringier AG in Zofingen die Verlegung der Druckvorstufe nach Zürich und 50 Entlassungen bekannt, und die Limmatdruck AG (Migros) kürzte die Schichtzuschläge. Im Januar 1998 lag die Arbeitslosenquote im graphischen Gewerbe und in der Druckindustrie bei 4,6 %.

Der Strukturwandel in der Druckereibranche wirkt sich unmittelbar auf die Presse-landschaft aus. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der Schliessung der Druckerei der Hallwag AG. Das Berner Druck- und Verlagsunternehmen, das im Besitz der drei Nachkommen des Firmengründers ist, wird sich künftig mit 25 % an der Benteli Druck AG beteiligen, einer Tochtergesellschaft der Berner Tagblatt Medien AG (BTM). 80 der 200 von Hallwag entlassenen Personen sollten dort eine neue Beschäftigung finden. Durch die Eingliederung der Hallwag AG ist es der BTM – Herausgeberin der *Berner Zeitung* – gelungen, die Monopolstellung in der Region zu erringen und den *Bund*, die zweite Tageszeitung in Bern, weiter in die Defensive zu drängen.

Am Beispiel der Hallwag AG wird deutlich, welchen geringen Einfluss die Belegschaft trotz eines gesetzlich festgelegten Mitspracherechts hat, wenn es gilt, Massnahmen zu verhindern. Das Gesetz sieht vor, dass die Belegschaft im voraus vom Arbeitgeber über eine Massnahmenentlassung informiert werden muss, damit sie die Möglichkeit hat, «Vorschläge zu unterbreiten, wie die Kündigungen vermieden oder deren Zahl beschränkt sowie ihre Folgen gemildert werden können» (Art. 335f. OR). Fünf Tage nach Bekanntgabe der Schliessung der Druckerei forderte die Belegschaft anlässlich einer Betriebsversammlung von mehr als 200 Personen in einer Resolution, dass «die Hallwag als Ganzes» weiterzuführen sei. Die ein halbes Jahr zuvor erfolgte Lohnkür-

zung von 7,7 % habe sie nur aufgrund des Versprechens akzeptiert, dass auf Entlassungen verzichtet werde. Ende Januar 1998 kam es in Anwesenheit von Regierungsrätin Elisabeth Zölch zu einer Einigung der Parteien. Der Belegschaft wurden drei Wochen Zeit eingeräumt, alternative Vorschläge zu unterbreiten. «Der definitive Entscheid des Verwaltungsrates betreffend Schliessung der Druckerei wird vorläufig hinausgeschoben», lautete die Vereinbarung zwischen Belegschaft, Geschäftsleitung und Gewerkschaften. Bereits in der Formulierung wird deutlich, dass es mehr darum ging, die definitive Schliessung der Druckerei hinauszuschieben als sie zu verhindern. Trotzdem verpflichteten sich die Gewerkschaften im Gegenzug, auf Kampfmassnahmen zu verzichten.

Zur Ausarbeitung von Vorschlägen wurde eine vom Amtsvorsteher des Kantonalen Amtes für wirtschaftliche Entwicklung geleitete Kerngruppe eingesetzt, die aus Vertreter/innen der Geschäftsleitung der Hallwag, der Betriebs- und Personalkommission, der Gewerkschaften und der Verwaltung bestand. Der von der Belegschaft und den Gewerkschaften in Auftrag gegebene Modellplan «Druckplus», der 109 der 200 gefährdeten Stellen hätte erhalten können, sah vor, eine schlanke Druckerei, verbunden mit Arbeitszeitverkürzungen, weiterzuführen. Doch der Verwaltungsrat mit seinem Präsidenten Volkmar Mair – der selbst Besitzer eines grossen Druck- und Verlagsunternehmens in Stuttgart ist – ging nicht auf diesen Vorschlag ein. Mairs Unternehmen, das den Baedeker-Reiseführer herausgibt, wird für die nicht mehr selbst ausgeführten Druckaufträge des Hallwag-Verlages offerieren. Ein anderer Teil der Druckaufträge, Zeitungen und Zeitungen, werden von der Benteli AG übernommen.

#### *Quellen/Literatur*

- Bundesamt für Statistik: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1998. Zürich 1997.  
Bundesamt für Statistik: Beschäftigungsstatistik 4. Quartal 1997. Bern 1998.  
Bundesamt für Wirtschaft und Arbeit: Die Lage auf dem Arbeitsmarkt – Januar 1998. Pressedokumentation Bern 1998.  
Pressemitteilungen der Geschäftsleitung der Hallwag AG, des Gewerkschaftsbundes der Stadt Bern und Umgebung, der Gewerkschaft Druck und Papier, des Schweizerischen Lithographenbundes, der Schweizerischen Grafischen Gewerkschaft, der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Bern.  
Resolution der Betriebsversammlung des Personals der Hallwag AG am 21. Januar 1998.  
Leuenberger Niklas: Wer sind die nächsten?, in: Senefelder. Organ des Schweizerischen Lithographenbundes Nr. 2, 100 Jg., 13.2.1998.